

## Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0312/2020  
**öffentlich**

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach	13.08.2020	zur Kenntnis
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	19.08.2020	zur Kenntnis
Jugendhilfeausschuss	20.08.2020	zur Kenntnis

### Tagesordnungspunkt

#### **Maßnahmenbericht zum Konzept Intensivierung der Straßensozialarbeit in Kooperation mit Netzwerk Wohnungsnot / Caritas Suchthilfen inkl. Reaktivierung des Standortes an der Dr.-Robert-Koch-Straße incl. qualifiziertes Betreuungsangebot**

### Inhalt der Mitteilung

#### **1. Umsetzung Ratsaufträge vom 19.12.2017 und vom 10.07.2018**

Einem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion folgend hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach mit Beschluss vom 19.12.2017 die Verwaltung beauftragt, ein auf den Säulen Präsenz und Prävention basierendes Konzept für mehr Sicherheit und Sauberkeit im Stadtgebiet – insbesondere in den Innenstadtbereichen - vorzulegen. Mit Ratsbeschluss vom 10.07.2018 wurden unter dem Handlungsfeld Prävention im Maßnahme Katalog unter Punkt 2.1 und 2.2 die folgenden Maßnahmen beschlossen:  
-2.1 Neukonzeption und Intensivierung der Straßensozialarbeit in Kooperation mit Netzwerk Wohnungsnot / Caritas Suchthilfe

-2.2 Reaktivierung des Standortes an der Dr.-Robert-Koch-Straße für die Straßenszene mit verschiedenen Beratung-/Betreuungsangeboten im vorhandenen Raum, ggfs. Beschäftigungsprojekt.

## **2. Projektstart Seitens der Träger zum 01.09.2019**

In der Sitzung des ASWDG am 20.09.2018 wurde seitens der Verwaltung in Bezug auf den o.g. Beschluss des Rates vorgetragen, dass die zu entwickelnde Konzeption im präventiven Handlungsfeld in kleinen Arbeitsgruppen zeitnah erarbeitet werde. Dies war in einem Gespräch mit dem Netzwerk Wohnungsnot vereinbart worden. Im Ratsturnus 2018 konnte deshalb noch keine Beschlussvorlage vorgelegt werden. In dem vom Rat beschlossenen Haushaltsplanentwurf wurde ein Betrag von 100.000 € je Jahr eingestellt. Zur Umsetzung waren eine Vorstellung und ein Beschluss der Konzeption im Ausschuss notwendig, was am 21.02.2019 erfolgte.

In der o.g. Sitzung ergänzte der Kämmerer, Herr Stein, dass das Konzept evaluiert werde und nach Ablauf von 2 Jahren ein Erfahrungsbericht im Ausschuss vorgestellt werden solle. Dann könne beraten werden, ob sich das Konzept bewährt habe oder ob es Modifikationen gebe. Die Mittel seien durchgehend etatisiert, so dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Fortsetzung nach zwei Jahren gegeben seien.

Die Fachkräftegewinnung für die „Aufsuchenden Hilfen Bergisch Gladbach Innen-stadt“ (2x 0,5VZÄ) gestaltete sich – mit den Rahmenbedingungen Befristung und Teilzeitstellen – für die Träger schwierig.

Die Stelle Sozialarbeit/ Sozialpädagogik (0,5 VZÄ) konnte zu September 2019 mit einer in der Straßensozialarbeit langjährig erfahrenen Kollegin besetzt werden.

Die examinierte Gesundheits- und Pflegefachkraft (0,5 VZÄ) – ebenfalls bereits viele Jahre tätig in diesem Arbeitsbereich - hat zu Januar 2020 das Team komplettiert.

Zwischenzeitlich wurde diese Stellenvakanz mit einer studentischen Honorarkraft überbrückt.

Der Beginn der Projektbetreuung Seitens der Träger begann daher erst zum 01.09.2019.

Der beigefügte Maßnahmenbericht mit Stand März 2020 gibt einen umfassenden Überblick und aktuellen Sachstand zur laufenden Konzeption.

## **3. Aktuelle Situation**

Am 16.03.2020 musste der Platz auf dem Infokiosk aufgrund der Vorgaben der Coronaschutzverordnung geschlossen werden. Die Angebote im Kiosk wurden aufrechterhalten und auch die aufsuchende Arbeit. Das Verpflegungsangebot für die Klientel konnte so gestaltet werden, dass an jedem Tag eine warme Mahlzeit im Bereich der Innenstadt angeboten werden kann. Dies ist dem Engagement der Pfarre St. Laurentius mit ihrer Suppenküche, der Caritas über das Netzwerk Wohnungsnot sowie dem Verein Die Platte e.V. zu verdanken.

Eine Wiederöffnung des Platzes auf dem Infokiosk bewertet die Verwaltung unter epidemiologischen Gesichtspunkten derzeit als nicht verantwortbar. Die Verwaltung beobachtet und bewertet die Situation kontinuierlich.